



**DER BUNDESMINISTER
FÜR UMWELT, JUGEND UND FAMILIE**

**II-4105 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

70 0502/97 -Pr.2/88

Wien, 5. Mai 1988

An den
Präsidenten des Nationalrates
Herrn Dr. Leopold Gratz

Parlament
Dr. Karl Renner Ring 3
1017 Wien

1830 IAB

1988 -05- 09

zu 1774 IJ

Auf die Anfrage der Abgeordneten Blau-Meissner und Freunde, vom 7. März 1988, Nr. 1774/J, betreffend die Problematik des radioaktiven Abfalls in Österreich und die Frage der Errichtung eines Endlagers, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1)

Die Entsorgung von radioaktiven Abfällen unterliegt nicht dem Sonderabfallgesetz, und liegt daher nicht im Kompetenzbereich meines Ressorts. Die personelle und apparative Kapazität zur Wahrung des Strahlenschutzes, die im seinerzeitigen Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz eingerichtet wurde, liegt nunmehr beim Bundesministerium für Gesundheit und öffentlicher Dienst. Bezüglich des Standes der Planungen für ein Endlager für radioaktiven Abfall muß ich in gleicher Weise auf die gegebene Kompetenzlage verweisen.

Zu 2)

In meinem Ministerium wird ein Entwurf für ein Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz vorbereitet, welches auf umfangreichen Vorar-

- 2 -

beiten, unter anderem dem im Jahr 1985 ausgearbeiteten und begutachteten Entwurf basiert und sich an der entsprechenden EG-Richtlinie orientiert.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'G' followed by a vertical line and a small flourish at the bottom.